

## Die Zukunft des Sozialstaats

Der demografische Wandel, die Veränderungen der Arbeitswelt, die zunehmende Internationalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie Prozesse gesellschaftlicher Pluralisierung haben sowohl die inneren als auch die äußeren Rahmenbedingungen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme entscheidend verändert. Der deutsche Sozialstaat steckt in der Krise und es bedarf grundlegender Reformen, um ihn wieder zukunftsfest zu machen. Doch wel-

ches Leistungsprofil muss ein Sozialstaat der Zukunft aufweisen? Wie können wir Strukturen und Finanzierung der Sozialsysteme erfolgreich reformieren? Mit welchen institutionellen Veränderungen und mit welchen Wirkungen haben die verschiedenen Sozialstaaten in Europa auf ähnliche Herausforderungen reagiert? Welche Reformmodelle gibt es und welche davon können auf Deutschland übertragen werden?



## INHALT

Es ist in den letzten Jahren sehr deutlich geworden, dass die meisten sozialstaatlichen Arrangements, auf denen alle westlichen Demokratien basieren und die ihren bisherigen Erfolg garantierten, vor neuartigen und nachhaltigen Herausforderungen stehen. Der demografische Wandel, die Veränderungen der Arbeitswelt, die zunehmende Internationalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie Prozesse gesellschaftlicher Pluralisierung haben sowohl die inneren als auch äußeren Rahmenbedingungen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme entscheidend verändert. Hinzu kommt, dass neue und möglicherweise durch den Sozialstaat selbst geschaffene Ungleichheiten und Risiken an die Seite alter Formen sozialer Unsicherheit getreten sind, auf die die sozialstaatlichen Konzeptionen, Institutionen und Förderstrukturen nicht eingestellt sind.

Auch der deutsche Sozialstaat, der mit seinen auf Erwerbsarbeit ausgerichteten Versicherungssystemen in seiner jetzigen Form unfinanzierbar zu werden droht, steckt in einer strukturellen Krise. Wachstum und Beschäftigung sind Quelle und Bedingung sozialer Gerechtigkeit, ebenso wie sozialer Frieden Voraussetzung für ökonomischen Erfolg ist. Daher kann es für moderne Politik in einer sozialen Demokratie nicht darum gehen, den Sozialstaat grundsätzlich in Frage zu stellen und seinen gestiegenen Kosten und vermeintlich negativen Auswirkungen in der globalen Standortkonkurrenz durch immer marktkonformere Konzepte zu begegnen. Vielmehr muss der Sozialstaat durch grundlegende Reformen langfristig tragfähig und zukunftsfest gemacht werden.



Doch welches Leistungsprofil muss ein Sozialstaat der Zukunft aufweisen? Welche Errungenschaften stehen unter besonderem Veränderungsdruck? Wie muss ein erneuerter Sozialstaat strukturiert sein, der einerseits den veränderten ökonomischen und demografischen Rahmenbedingungen gerecht wird und dabei andererseits weiterhin nach den normativen Maßstäben von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gestaltet ist?

In diesem schwierigen und notwendigen Anpassungsprozess des deutschen Sozialstaats gilt es, den Blick für die Erfahrungen und Erfolge anderer zu öffnen: Wie haben die Nachbarländer die Strukturen und Finanzen ihrer Sozialsysteme erfolgreich reformiert? Mit welchen normativen Leitbildern, mit welchen institutionellen Veränderungen und mit welchen Wirkungen haben die verschiedenen Sozialstaaten auf ähnliche Herausforderungen reagiert? Welche Reformmodelle gibt es und welche davon können auf Deutschland übertragen werden?

## Dezember 2005

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Prof. Dr. Thomas Meyer  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Politische Akademie / Referat Berliner Akademiegespräche  
Hiroshimamaße 17  
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-863  
Fax: 030 26935-952

Text: Jan Turowski  
Redaktion: Dr. Tobias Mörschel  
Fotos: Reiner Zensen  
Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign  
Druck: Printservic von Wirth

© Friedrich-Ebert-Stiftung

# Stephan Leibfried

Der ökonomische und gesellschaftliche Wandel der letzten zwanzig Jahre fordert die westlichen Sozialstaaten zwar in ähnlicher Weise heraus, ihre besonderen Schwachstellen und ihre Fähigkeiten, auf diese Herausforderungen reagieren zu können, unterscheiden sich jedoch aufgrund sehr unterschiedlicher institutioneller Arrangements erheblich. Stephan Leibfried betont deshalb, dass die Reformdiskussion über ein funktionierendes System sozialer Sicherheit folgende spezifische Wesenseigenschaften des deutschen Sozialstaats berücksichtigen muss:

(1) In der westlichen Welt absorbiert der Sozialstaat zwischen 15-20% des Bruttonettoprodukts und zwischen 53-58% des Staatshaushalts. Bei den Kosten seines Sozialstaats nimmt Deutschland im internationalen Vergleich eine mittlere Position ein.

(2) Der deutsche Sozialstaat steht jenseits des „Normalstaats“. Während in anderen Ländern der Sozialstaat meist Teil der Regierungsbürokratie ist und von dort aus unmittelbar und zentral verwaltet wird, ist er in Deutschland quasi ausgegliedert.

(3) Der Sozialstaat in Deutschland steht weitgehend jenseits des Normalföderalismus und hat quasi seine eigenen Paraföderalismen, die sich an Risiken und Ständen orientieren.

(4) Der Sozialstaat steht außerhalb des Parlamentskonflikts. Seit den 1950er Jahren wurden alle großen sozialstaatlichen Reformen in Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesrat und von CDU und SPD gemeinsam vollzogen.

(5) Der deutsche Sozialstaat ist rentenfixiert.

(6) Er ist transfer- und nicht dienstleistungsorientiert. Es finden sich in ihm zwar auch Dienstleistungskomponenten, aber relativ betrachtet ist der deutsche Sozialstaat immer noch transferorientierter als viele andere.



(7) Die jüngeren Gegentendenzen zu einer stärkeren Vermarktlichung der deutschen Sozialsysteme waren sehr begrenzt. Die Riester-Rente beispielsweise macht heute nur 3-7% der Renten insgesamt aus und stellt daher keine echte Umpolung der staatlichen, sich immer noch am Bismarckschen System orientierenden Rentenstruktur dar.

(8) Auch die jüngeren Gegentendenzen zu mehr Aktivierung sind begrenzt. Zwar wird auf der Angebotsseite von Arbeitskraft Druck ausgeübt, es findet aber keine hinreichende Nachfrage statt. Es fehlt an gestaltenden Zugriffen auf die Angebote von Arbeitsplätzen.

(9) Die Gegentendenzen zur Familisierung des Sozialstaats sind ebenfalls nur begrenzt wirksam. Auch wenn sie das deutsche Alleinernährermodell durch die teilweise Anerkennung der Familienarbeit modifizieren, lässt sich allein über Transfers keine familienfreundliche Gesellschaft schaffen.

**Stephan Leibfried**

\* 1944, Professor für Politikwissenschaft  
am Zentrum für Sozialpolitik, Universität  
Bremen

(10) Sozial- und Bildungsstaat sind in Deutschland zwei getrennte Systeme. Im Unterschied zu anderen Staaten, in denen Bildung ein integraler Bestandteil des Sozialsystems ist, werden in Deutschland Entscheidungen über Bildung und Sozialstaat sowohl organisatorisch wie konzeptionell getrennt beraten und getroffen.

In dem gegenwärtigen Transformationsprozess von der Industrie- zur Wissensökonomie werden Bildung, Wissenschaft und Forschung zu entscheidenden volkswirtschaftlichen Ressourcen. Die Herausforderung für eine zeitgemäße Sozialpolitik liegt also darin, die Sozialstaatsarchitektur auf die Förderung und Aktivierung von Bildung und Forschung hin auszurichten. Für die notwendigen Bildungsinvestitionen ist die spezifische Form der deutschen Sozialstaatlichkeit allerdings schlecht ausgestattet. Es haben sich zwei unterschiedliche Zugänge herausgebildet, wie Staaten in die Zukunftsressource Bildung investieren. Der eine findet sich in den USA, die hohe öffentliche und private Investitionen in Bildung und Wissenschaft tätigen. Wie die PISA-Studien gezeigt haben, sind die Vereinigten Staaten im Bereich der Hochleistungsbildung sehr stark, im oberen Drittel des Bildungssystems

relativ stark und selbst bei den unteren zwei Zehnteln des Bildungssystems immer noch stärker als Deutschland. Die hohen Bildungsinvestitionen des amerikanischen Modells gehen allerdings einher mit einer massiven Relativierung des Sozialstaatsbereichs, die auf private soziale Sicherung setzt und dazu führt, dass ein Drittel der Bevölkerung aus allen sozialen Sicherungssystemen herausfällt. Einen anderen Weg haben die skandinavischen Länder eingeschlagen. Sie haben es geschafft, in soziale Sicherung und in Bildung und Wissenschaft gleichermaßen zu investieren.

Und Deutschland? Deutschland hat eine vergleichsweise hohe soziale Sicherung. Im Bereich der Alterssicherung liegt es im internationalen Vergleich sogar im oberen Drittel. Die Bildungsinvestitionen hingegen sind weit unterdurchschnittlich. Das bedeutet, dass der deutsche Sozialstaat sehr viel stärker auf die vergangenheitsorientierten Rentensysteme hin ausgerichtet ist als auf die zukunftsorientierten Bildungs- und Wissenschaftsinvestitionen. Diese Kombination ist mit Blick auf die Herausforderungen der Dienstleistungsökonomie nicht mehr förderlich, wird aber durch die Trennung des zentralisierten Sozialstaats und des dezentralisierten Bildungsstaats auf Länderebene zementiert. So gleicht der deutsche Sozialstaat Buridans Esel, der zwischen zwei Heuhaufen steht, und sich bei den anstehenden Sozialreformen weder für die eine, noch die andere Richtung entscheiden kann. Den amerikanischen Weg kann Deutschland nicht einschlagen, weil sehr viele Sicherungstraditionen kurzfristig zerschlagen werden müssten, wenn man die nötigen Mittel in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich umleiten wollte. Aber auch die Richtung der skandinavischen Staaten scheint blockiert, weil Deutschland seit den 1980er Jahren eher einen Staatsrückbau betreibt: weniger Steuern, weniger Beiträge, weniger Staat.



## Colin Crouch

Betrachtet man die unterschiedlichen Sozialstaatsmodelle von ihrer öffentlichen Leistungsstruktur und ihren Finanzierungsmethoden her, dann werden sie meist in skandinavische, angelsächsische und kontinentaleuropäische Sozialstaaten unterschieden. In einer solchen Unterscheidung stehen sich gegenüber die skandinavischen Staaten, die sehr generöse und universelle Sozialsysteme besitzen, und die angelsächsischen Staaten mit nur schwach ausgebauten sozialen Sicherungssystemen. Die kontinentaleuropäischen Sozialstaaten befinden sich gemessen an den öffentlichen Sozialausgaben zwischen diesen beiden Polen. Colin Crouch wählt eine andere Perspektive, nach der die skandinavischen und die angelsächsischen Staaten über eine charakteristische Gemeinsamkeit verfügen, die für die Zukunftsfähigkeit der Sozialstaaten von entscheidender Bedeutung ist: Es sind beides Modelle, in denen die Politik aktiv versucht, die Arbeitsmarktteilnahme, sowohl von Männern als auch von Frauen, zu maximieren.

Aus dieser Perspektivverschiebung gewinnt Crouch sein entscheidendes Leitmotiv für die notwendigen Reformen des Sozialstaats. In einer Ökonomie, in der die Dienstleistungssektoren zunehmend die Lokomotive im Arbeitsmarkt sein werden, gilt die Regel, dass durch Erwerbsarbeit mehr Erwerbsarbeit geschaffen wird. Entgegen älterer Vorstellungen ist nicht mehr davon auszugehen, dass es eine fixierte Menge von Arbeit gibt, die es nur noch gerecht zu verteilen gilt. Wer eine Erwerbsarbeit hat, macht Ausgaben und fragt Dienstleistung nach, was wiederum neue Arbeitsplätze schafft. Die Einschätzung, dass durch Arbeit Arbeit geschaffen wird, gilt insbesondere bei der Erwerbsarbeit von Frauen. In dem Maße, in dem Frauen aus dem Haushalt in die Arbeitswelt treten, werden traditionell weibliche und bisher unbezahlte Tätigkeiten,



wie Kinder- und Altenpflege, am Markt nachgefragt. Das führt zu einer neuen Dynamik bei den haushaltsbezogenen und sozialen Dienstleistungen und schafft somit Gelegenheiten für neue Erwerbsarbeit. In den USA entstehen diese Dienstleistungen im privaten, in den skandinavischen Ländern, die stark auf soziale Dienste ausgerichtet sind, im öffentlichen Sektor. Weibliche Erwerbsarbeit ist in dem gegenwärtigen Transformationsprozess der westlichen Ökonomien somit ein wichtiger Multiplikationsfaktor bei der Entstehung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor; hier handelt es sich um eine Art femininer Keynesianismus.

In den Diskussionen über die Reformen des Sozialstaats muss es daher weniger um die Frage nach dem öffentlichen Ausgabenniveau gehen, als vielmehr darum, ob die jeweiligen politischen Maßnahmen und Reformschritte neue Arbeitsplätze schaffen. In dieser Frage wird der Gegensatz von Sozialstaaten, die ihre Sozialsysteme traditionell

### Colin Crouch

\* 1944, Professor für Politikwissenschaft,  
Leiter des Institute of Governance and  
Public Management an der University of  
Warwick, Coventry

auf Transferleistungen ausgerichtet haben, zu jenen, die seit langem auf soziale Dienstleistungen vertrauen – wie z.B. Schweden – besonders deutlich. Indem der Sozialstaat eine neue Dienstleistung einführt, erzeugt er eine Nachfrage nach weiteren Dienstleistungen und schafft dadurch neue Arbeitsplätze. Im Gegensatz dazu führen höhere Sozialtransfers nicht dazu, dass neue Jobs entstehen. Es sind die unterschiedlichen Strukturen der Sozialstaatlichkeit in den jeweiligen Ländern, die die unterschiedliche Rolle des Staats im Arbeitsmarkt bestimmen.

Zudem gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen den Sozialpolitiken, die aktiv versuchen, die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, und solchen, die das Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt erleichtern. In den 1980er und 1990er Jahren war

die arbeitsmarktpolitische Hoffnung weit verbreitet, dass man das Problem der Jugendarbeitslosigkeit durch eine künstliche Verknappung des Angebots auf dem Arbeitsmarkt lösen könnte. Diese Verknappung wurde dadurch erreicht, dass man älteren Arbeitnehmern ein frühzeitiges und sozial abgefedertes Ausscheiden aus dem Berufsleben ermöglichte. Heute ist unstrittig, dass diese Politik in zweifacher Hinsicht ein Fehler war: Zum einen hat sie zu einer Reduzierung der Staatseinnahmen und zu einer immensen Belastung der staatlichen Rentensysteme geführt. Die ohnehin unter dem Druck des demografischen Wandels stehenden Sozialsysteme wurden auf diese Weise zusätzlich belastet. Zum anderen hat diese Politik den „Arbeit schafft Arbeit“-Effekt ignoriert und dem Arbeitsmarkt somit wichtige Impulse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze entzogen. Die Sozialstaaten jedoch – allen voran Deutschland –, die in den 1980er Jahren den Pfad der Arbeitsmarktverknappung gewählt haben, scheinen heute in einer gewissen Pfadabhängigkeit gefangen zu sein, aus der auszubrechen sehr schwer, aber notwendig ist. Bei den Sozialstaatsreformen darf es nicht um eine Verringerung des Sozialstaats gehen, wohl aber um dessen Reorientierung. Colin Crouch verweist darauf, dass der Sozialstaat historisch um das Bürgerrecht der Erwerbsarbeit herum konzipiert wurde und er sich heute wieder danach ausrichten muss.



## Fritz Scharpf

Ein richtig verstandener Sozialstaat darf unbemittelte Arbeitskraft nicht dauerhaft stilllegen und aus öffentlichen Mitteln alimentieren. Sozialtransfers waren gemäß Fritz Scharpf in einer Zeit sinnvoll, in der Vollbeschäftigung das Normale und Arbeitslosigkeit eine kurzfristige und vorübergehende Störung waren. Unter den heutigen Bedingungen einer lang anhaltenden, strukturellen Unterbeschäftigung ist jedoch der deutsche Transferstaat Bismarckscher Tradition nicht mehr zu verteidigen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland ist Ursache für die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme und die Finanzierungsstrukturen des Sozialstaats sind wiederum Kern der strukturellen Unterbeschäftigungsproblematik.

Um dieses Dilemma der deutschen Sozialstaatsarchitektur zu verstehen, ist es zuerst notwendig, im Beschäftigungssystem strikt zwischen einem exponierten und einem geschützten Sektor zu unterscheiden. Der exponierte Sektor beschreibt alle im internationalen Wettbewerb stehenden Wirtschaftszweige: Landwirtschaft und Industrie, aber auch immer mehr Dienstleistungen (Telekommunikation, Transport, Unternehmens- und Finanzdienstleistungen). In allen entwickelten OECD-Ländern sind die Beschäftigungsquoten in diesen exponierten Wirtschaftsbereichen in den letzten 30 Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Die Erklärung hierfür ist, dass der dramatisch zugenommene internationale Wettbewerbsdruck dazu zwingt, alle potenziellen Produktivitätsgewinne vollkommen auszuschöpfen. Der geschützte Sektor umfasst alle Wirtschaftsbereiche, deren Dienstleistungen lokal erbracht und nachgefragt werden und die somit nicht dem internationalen Wettbewerb aus-



gesetzt sind. Die skandinavischen wie die angelsächsischen Länder konnten in den letzten 30 Jahren die Beschäftigung im geschützten Sektor steigern, die kontinentaleuropäischen Länder hingegen nicht.

Das deutsche Beschäftigungsproblem im geschützten Sektor steht in einem inneren Zusammenhang mit der Struktur des Sozialstaats. In diesen Bereichen gibt es einerseits hochproduktive, sehr gut bezahlte Dienstleistungen, die von Personen mit hoher beruflicher Qualifikation erbracht werden (Gesundheitswesen, Bildungswesen) und andererseits Dienstleistungen, in denen Personen mit geringer beruflicher Qualifikation Beschäftigung finden können. Diese gering qualifizierten Dienstleistungen können zum einen im öffentlichen Sektor angeboten werden, wie dies in den skandinavischen Ländern insbesondere im Bereich der sozialen Dienstleistungen der Fall ist. In Dänemark oder

### Fritz Scharpf

\* 1935, Professor für Politikwissenschaft,  
bis 2003 Direktor des Max-Planck-Instituts  
für Gesellschaftsforschung, Köln



Schweden liegt die Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor zwischen 22-24%, in Deutschland gerade einmal bei neun Prozent. Zum anderen können diese Dienstleistungen privat erbracht und privat finanziert werden, wie dies in den angelsächsischen Ländern geschieht. Der Beschäftigungszuwachs in den geschützten Sektoren basiert hier darauf, dass die Arbeitskosten bei geringer beruflicher Qualifikation sehr niedrig sind, die Lohn-differenzierung zugenommen hat und sich deshalb viele Familien mit mittleren und hohen Einkommen private Dienstleistungen leisten können.

In Deutschland dagegen kommt es zu keinem Beschäftigungszuwachs im geschützten Sektor, weil gering qualifizierte Dienstleistungen für die meis-

ten Familien nicht erschwinglich sind. Diese Dienstleistungen sind im internationalen Vergleich so teuer, weil der deutsche Sozialstaat sich zum überwiegenden Teil über Sozialbeiträge finanziert, die als Kostenbelastung auf den Faktor Arbeit drücken. Das bedeutet, dass eine Tätigkeit mit geringer Produktivität, die mit 42% Sozialabgaben belastet wird, zwangsläufig vom privaten Markt verschwindet. Aus diesem Grund gibt es in Deutschland genauso viele (bzw. wenige) Personen wie in Schweden, die in privater Beschäftigung im Dienstleistungsbereich arbeiten, und wegen des stetigen Staatsrückbaus so wenig öffentliche Beschäftigung wie in den USA.

Die Reformen der deutschen Beschäftigungs- und Sozialsysteme müssen daher bei der immensen Kostenbelastung der einfachen Beschäftigungsverhältnisse ansetzen, die verhindert, dass gering qualifizierte Personen überhaupt noch Arbeit finden können. Der Ansatzpunkt für jede Sozialstaatsreform muss eine Umfinanzierung der Sozialsysteme sein. Die Zukunft des deutschen Sozialsystems muss in der partiellen Abkoppelung seiner Finanzierung vom Arbeitsverhältnis liegen. Wenn die Entlastung von Sozialabgaben aber nicht zu einer Einschränkung der Leistungen und zum Abbau von sozialer Sicherung führen soll, dann müssen aus dem Steuersystem höhere Aufwendungen für soziale Leistungen erbracht werden.



## Diskussion

Die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats in einer globalisierten Wissensökonomie wird in der Diskussion nochmals betont. Da in Deutschland Sozial- und Bildungssystem zwei völlig getrennte Systeme sind, die durch keine kommunizierenden Röhren miteinander verbunden sind, können zwar einerseits hohe Sozialausgaben für die deutsche Bildungsmisere nicht direkt verantwortlich gemacht werden, doch ist andererseits gerade die fehlende Integration der beiden Systeme ein Kernproblem der deutschen föderalen Staatsarchitektur. Bildungsausgaben sind in Deutschland fast ausschließlich Länderausgaben. Eine bildungspolitische Mobilisierung muss folglich von den Ländern ausgehen, weil bei ihnen die Zuständigkeit für die Bildungspolitik liegt. Doch die Länder haben für diese Aufgabe keine finanziellen Spielräume, da ihre Einnahmen durch bundeseinheitliche Steuergesetze bestimmt sind. Das Dilemma besteht darin, dass der Bund im Bildungs- und Wissenschaftsbereich

nicht mitfinanzieren darf, weil er keine Zuständigkeit hat, während die Länder die notwendigen Ausgaben nicht leisten können, weil sie kaum über eigene Einnahmen verfügen. Dieses Problem muss die anstehende Föderalismusreform lösen.

Aber auch jenseits notwendiger Reformen der bildungspolitischen Kompetenz- und steuerpolitischen Einnahmeverteilung zwischen Bund und Ländern erscheint es heute wichtig, darüber nachzudenken, auf welche Weise man außerdem den Sozialstaat und den Bildungsstaat zusammen bringen und verzahnen kann.

In welche Richtung sich der Sozialstaat auch immer konzeptionell entwickeln wird, wie seine zukünftigen Gestaltungs- und sozialen Sicherungsmöglichkeiten aussehen werden, hängt maßgeblich von seiner Finanzierung ab. Die Diskussion konzentriert sich daher verstärkt auf unterschiedliche Steuersysteme und Abgabenarten. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland im Vergleich zu ande-





ren Ländern, aber insbesondere auch mit Blick auf die Funktionen, die der Staat traditioneller Weise übernommen hat, unterfinanziert ist, muss es darum gehen, Möglichkeiten zu finden, das Aufkommen der Steuer- und Abgabensysteme zu erhöhen, ohne dass es dabei zu Problemen beim Beschäftigungsaufbau kommt.

Im Vergleich unterschiedlicher Steuersysteme als Grundlage der jeweiligen Sozialstaatsmodelle gilt es jedoch die gesamte Zusammensetzung aller Abgabenarten, also Sozialabgaben, Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, Ökosteuern usw. sowie die unterschiedlichen Leistungsprofile im Blick zu behalten. So haben beispielsweise höhere Mehrwertsteuern in Deutschland eine andere Wirkung als in Schweden. In Deutschland erhöhen Mehrwertsteuern auf dieselbe Weise wie Lohnnebenkosten den Preis einfacher Arbeit im privaten Sektor, während in Schweden, wo gering qualifizierte Beschäftigung vielfach im öffentlichen Sektor stattfindet, indirekte Steuern arbeitsmarktpolitisch ein weit geringeres Problem darstellen.

In Zeiten integrierter Finanzmärkte stehen alle Staaten unter dem Druck des internationalen Standortwettbewerbs und der Kapitalmobilität und sind somit gezwungen, die Steuern für Unternehmensgewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau abzusenken. In diesem Zusammenhang wird auf die skandinavischen Länder verwiesen. Diese haben in den 1990er Jahren Unternehmenssteuern und Steuern auf Kapitalerträge, bei radikaler Beseitigung aller Ausnahmetatbestände, auf 25-28% abgesenkt, die steile Progression bei allen anderen Einkommensarten jedoch beibehalten. Die Steuerlast hat sich damit zu Ungunsten der relativ unbeweglichen Lohnabhängigen verschoben. Der Beitrag des Finanzkapitals und der Unternehmen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben ist relativ und sogar absolut zurückgegangen. Die Steuerlast wird somit zunehmend von den Arbeitnehmern getragen. Auf diese Weise sind die skandinavischen Länder in der Lage, ihre teuren Sozialsysteme zu finanzieren, ohne Unternehmen zu vertreiben und ausländische Investitionen abzuschrecken. Für Unternehmen ist Skandinavien somit weiterhin ein attraktiver Standort, trotz des teuren Sozialstaats.

Hingegen wird der in Deutschland jüngst diskutierten Behauptung, dass alle Arten von Einkommen, auch private und Arbeitseinkommen mit dem gleichen niedrigen Satz besteuert werden müssten, widersprochen. Erstens würde eine „flat-tax“ von 25% die Ertragskraft der Einkommenssteuer auf radikale Weise begrenzen und somit die Leistungs-

fähigkeit des Sozialstaats erheblich mindern, zweitens verliert der Staat die politische Lenkungswirkung von Steuersätzen, und drittens würde man durch eine „flat-tax“ in ein neoliberales Gesellschaftsmodell wechseln, das sich von einer solidarischen Lastenverteilung verabschiedet hätte.



## Bisher erschienen:

---



August 2005

Globale Demokratisierung und die  
Rolle Europas



November 2005

Religion und Politik  
Wandlungsprozesse im transatlantischen  
Vergleich